LEITARTIKEL

BaWü-Check

Wunsch und Wirklichkeit

Von Annika Grah

Die Bürgerinnen und Bürger haben hohe Erwartungen an die Landesregierung. Der Staat möge mehr investieren, finden sie: Das ist das Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks. Geld soll locker gemacht werden – für Kliniken, Schulen, Kitas, Straßen und auch für den Wohnungsbau, damit die Mieten endlich wieder erschwinglich werden. Dinge der Daseinsvorsorge also, von denen die Menschen gewohnt sind, dass der Staat mit ihren Steuergeldern dafür aufkommt.

Doch die Wunschliste ist so lang, dass die Landesregierung angesichts der aktuellen finanziellen Lage eigentlich nur Enttäuschungen produzieren kann. Erst vorvergangene Woche machten Grüne und CDU in ihrer gemeinsamen Haushaltskommission Kassensturz. Das Ergebnis ist ernüchternd: Die Deckungslücke für absehbare Ausgaben beläuft sich auf fünf Milliarden Euro. Gedeckt werden können die nur, indem alle Register gezogen werden.

Im Moment hat die Regierung nur wenig Geld für Mehrausgaben

Die Konjunkturkomponente der Schuldenbremse wird genutzt. In wirtschaftlich mauen Zeiten darf der Staat Kredite aufnehmen, die dann zurückgezahlt werden, wenn die Steuereinnahmen wieder sprudeln. Alle Ministerien bekommen dazu eine strenge Sparauflage. Und das Land will eine neue Regelung unter der Schuldenbremse einführen, um Kredite für Kommunen aufnehmen zu können. Andere Möglichkeiten für zusätzliche Kredite, die der Bund geschaffen hat, hat Grün-Schwarz kategorisch ausgeschlossen. So bleiben nach bisherigem Stand lediglich 300 Millionen Euro für Mehrausgaben. Eine klägliche Summe, wenn man den Investitionsbedarf des Landes und die Wunschliste der Bürgerinnen und Bürger ansieht, die in die Milliarden gehen.

Möglichkeiten, Kosten zu sparen, die etwa in den Mühlen der Verwaltung versickern, liefern keine schnelle Lösung. Die lang versprochene Digitalisierung der Verwaltung könnte helfen, Kosten zu senken. Aber auch eine Gemeindereform, wie sie viele Befragte des BaWü-Checks befürworten, könnte helfen, Doppelstrukturen und damit auch Doppelfinanzierung abzubauen. Dass Grün-Schwarz dieses Großprojekt schnell angeht, danach sieht es aber aktuell nicht aus.

Große Sprünge – etwa bei Investitionen in Infrastruktur – sind also erst mal nicht zu erwarten, auch wenn die Landesregierung an vielen Stellschrauben dreht und auch teure Neuerungen wie den von Herbst an geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen einführen wird.

Die einzig gute Nachricht: Die Enttäuschung dürfte sich in Grenzen halten. Denn besonders hoch sind die Erwartungen an die Landesregierung ohnehin nicht. Nur 38 Prozent der Befragten im BaWü-Check trauen Grün-Schwarz zu, die Zukunftsprobleme Baden-Württembergs anzugehen, 33 verneinen das, 29 Prozent sind unentschieden. Die Landesregierung sollte alles tun, um die Zweifler eines Besseren zu belehren.

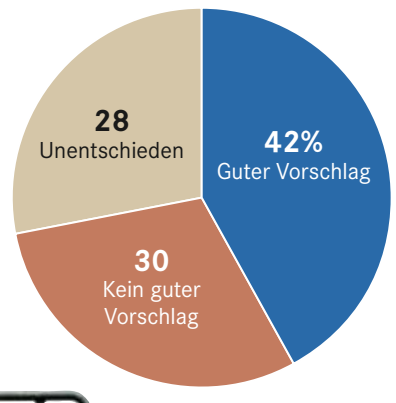
BaWü-Check

Kleine Gemeinden in größeren aufgehen zu lassen, das halten viele Leute für eine gute Idee.

FOTOS: TRAVELPETER (ISTOCK.ADOBE.COM), FERKELRAGGAE (ISTOCK.ADOBE.COM), MONTAGE: MIRIAM HINZE

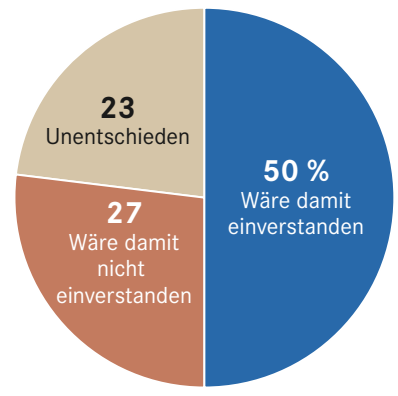
Eine Zusammenlegung von Landkreisen findet mehr Unterstützer als Gegner

„Um Kosten zu sparen, gibt es die Forderung, die Anzahl der Landkreise in Baden-Württemberg zu reduzieren. Halten Sie das für einen guten Vorschlag?“



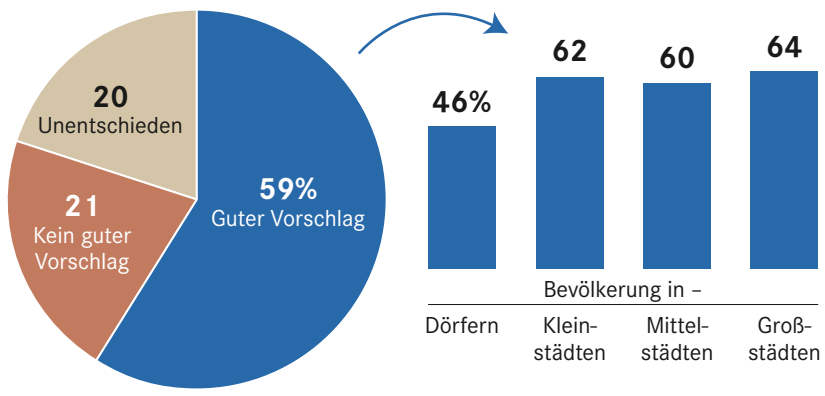
Große Offenheit beim eigenen Landkreis

„Wenn der Landkreis, in dem Sie leben, mit einem anderen Landkreis zusammengelegt werden würde: Wären Sie damit einverstanden?“



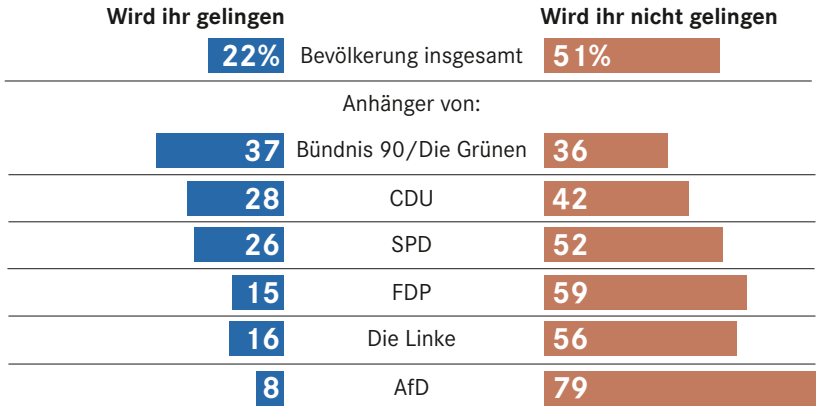
Mehrheit für die Eingliederung kleinerer Gemeinden in andere Kommunen

„Ein Vorschlag lautet, aus Kostengründen kleinere Gemeinden mit weniger als 3.000 Einwohnern mit anderen Kommunen zusammenzulegen. Halten Sie das für einen guten Vorschlag?“



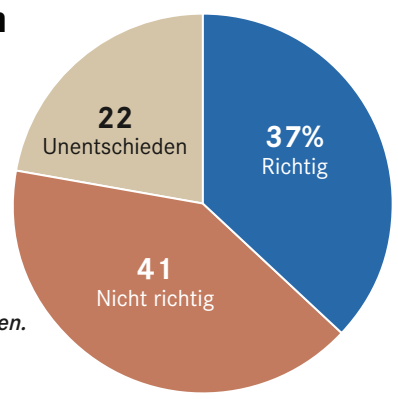
Kaum Hoffnung auf Bürokratieabbau

„Ein weiterer Schwerpunkt ist der Abbau von Bürokratie. Glauben Sie, dass es der neuen Landesregierung gelingen wird, nennenswert Bürokratie abzubauen?“



Einspruchsmöglichkeiten von Bürgern bei großen Infrastrukturprojekten einschränken?

„Um Genehmigungsverfahren bei großen Bau- oder Infrastrukturprojekten zu verkürzen, will die Landesregierung Einspruchsmöglichkeiten der Bürger einschränken. Halten Sie das für richtig?“



QUELLE ALLER GRAFIKEN: INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Der BaWü-Check

Der BaWü-Check ist eine regelmäßig vorgenommene Umfrage der Tageszeitungen im Land. Die Zeitungsverlage arbeiten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach zusammen, das zu den namhaftesten Umfrage-Instituten Deutschlands gehört.

Für die 27. Auflage des BaWü-Checks beantworteten vom 16. bis 24. Juni 1006 Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren einen Onlinefragebogen. Die gewichteten Ergebnisse sind repräsentativ für die Gesamtheit der Wahlberechtigten.

Bürger offen für eine Verwaltungsreform

Zusammenlegung von Landkreisen oder Gemeinden: Vor Verwaltungsreformen schrecken die Befragten nicht zurück – im Gegensatz zur Politik.

Von Annika Grah (Text) und Sabrina Hartmann, Miriam Hinze (Grafik)

Es war ein Vorschlag, mit dem Manuel Hagel (CDU) Landtagswahlkampf machte: Zwei Verwaltungsebenen sollten wegfallen. Doch ausformuliert wurde der Vorschlag von ihm bislang nicht. Lediglich die FDP, die es am Ende gar nicht in den Landtag schaffte, versuchte mit entsprechenden Ideen zu punkten. So wollten die Liberalen kleinen Kommunen und Landkreisen Anreize für Zusammenschlüsse bieten.

Solche Ideen fielen in der Wählerschaft auf fruchtbaren Boden, wie der BaWü-Check zeigt: 42 Prozent der Befragten halten die Zusammenlegung von Landkreisen für einen guten Vorschlag. Geht es um den eigenen Landkreis ist die Zustimmung sogar noch höher.

Geht es um kleine Gemeinden, ist die Zustimmung ebenfalls groß: Den Vorschlag, Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern mit anderen Kommunen zusammenzufassen, finden 59 Prozent sinnvoll. Allerdings ist die Zustimmung in den kleinsten Gemeinden, den Dörfern, mit 46,1 Prozent am geringsten.

Bislang sind solche Pläne aus der grün-schwarzen Koalition noch nicht bekannt. Auch bei den Koalitionsverhandlungen war eine Verwaltungsreform dem Vernehmen nach kein Thema. Das Land will aber mit den Kommunen eine Zukunftskommission einrichten, in der über grundlegende Entscheidungen für Städte, Landkreise und Gemeinden diskutiert werden soll.

BaWü-Check
Badische Zeitung

Ein weiteres Thema im Koalitionsvertrag: Bis Ende 2026 soll ein Zukunftsbündnis geschlossen werden, das Vorschläge zum Bürokratieabbau macht. Ob dies gelingen wird, daran gibt es Zweifel unter den Befragten des BaWü-Checks: Lediglich 22 Prozent glauben, dass es die Landesregierung schaffen wird, spürbar Bürokratie abzubauen.

Die eigenen Rechte wollen viele Bürgerinnen und Bürger aber nicht beschnitten sehen, um Genehmigungen zu beschleunigen: 41 Prozent halten es für falsch, die Einspruchsmöglichkeiten bei großen Infrastrukturmöglichkeiten wieder zu reduzieren; nur 37 Prozent sind dafür.